Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
Werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 500. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 24. Oktober **1905.**

Jetzt ist die beste Zeit,

um sich von dem reichhaltigen, gediegenen Inhalt und der schnellen, sorgfältigen Berichterstattung, die die Saale-Zeitung auszeichnet, durch ein

Probeabonnement

zu überzeugen. Alle wichtigen Tagesfragen, sowie alle bedeutenderen Nachrichten aus Stadt, Provinz, Reich und aller Welt werden in der

Saale-Zeitung

stets sofort mitgeteilt und ausführlich behandelt, wobei langjährige Erfahrung, die neuerdings sich häufenden reinen Sensationsmeldungen, die lediglich aus Reklamesucht das Publikum irre führen, zu vermeiden weiß. Der im Verhältnis zu dem Gebotenen äußerst billige Abonnementspreis ermöglicht es jedermann in der Provinz, auch neben seinem Lokalblatte diese große zweimal täglich erscheinende Tageszeitung zu halten und wir bitten daher, die Saale-Zeitung probeweise für die Monate

November und Dezember

zu bestellen.

Abonnementspreis in Halle für beide Monate: 1,70 M. bei täglich einmaliger und 1,90 M. bei zweimaliger Zustellung, bei Postbezug 2,17 M. (exkl. Bestellgeld).

Probenummern kostenlos und franko durch die Expedition der „Saale-Zeitung" Halle S., Gr. Brauhausstraße 17.

Die Wahlrechtsreform in Hessen.

Zum zweiten Male ist dem Ministerium Rothe die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts im Großherzogtum Hessen mißglückt. Das negative Resultat war zu erwarten, sobald die Beschlüsse der Ersten Kammer zur Wahlrechtsreform bekannt geworden waren. Denn es war vorauszusehen, daß die Zweite Kammer sowohl wie auch die Regierung keineswegs in die Willigung der Forderungen stimmen würden, deren Erfüllung von der Ersten Kammer als Zustimmungspreis begehrt wurde. Das ist nunmehr geschehen. Die Regierung lehnte es ab, die Forderung gutzuheißen, daß der Krone das Recht entzogen würde, Vorlagen, die nicht die Verfassung berühren, nach ihrem Scheitern erneut einzubringen und durch eine Durchstimmung einer abermaligen Abstimmung zu unterwerfen. Ein solches Recht war im Artikel 75 des Entwurfs statuiert worden. Die Zweite Kammer aber konnte sich nicht damit einverstanden erklären, der Ersten Kammer das Budgetrecht, das sie bisher nicht besessen hat, zu bewilligen. Der Wunsch der Ersten Kammer, ihre verfassungsrechtliche Kompetenz auf Kosten der Krone und der Zweiten Kammer zu erweitern, hat also das Scheitern der Vorlage herbeigeführt.

Die Wahlrechtsreform ist mit diesem Resultat wieder einmal auf dem toten Punkt angelangt. Schon einmal war das der Fall, auf dem vorigen Landtage. Damals hat der Großherzog von Hessen die Initiative zur Wiederaufnahme der Reformvorlage ergriffen und den alten Gesetzentwurf mit geringen Abänderungen erneut einbringen lassen. Was nach der jetzigen zweiten Ablehnung geschehen soll, darüber äußerte sich Staatsminister Rothe nicht. Es kann indes kein Zweifel obwalten, daß die Vorlage wieder kommen wird und daß sich die Wahlen, die sich in diesen Tagen vorbereiten, unter der Losung des Eintretens für die Wahlreform vollziehen werden. Da auch ein bedeutsamer Widerstand in der Ersten Kammer gegen die von der Zweiten hessischen Kammer kürzlich einstimmig gutgeheißene kommunale Wertzuwachssteuer bei Grundstücken bis zu 20 Prozent erhoben worden ist, so ist die Animosität gegen die Erste Kammer im Chattenlande eine überaus große. Das trat u. a. in dem radikalen Antrage auf Beseitigung der Ersten Kammer hervor, der als sozialdemokratischer Zusatzantrag zur Wahlrechtsreform mit allen gegen drei Stimmen in der Zweiten Kammer zur Annahme gelangte.

Daß die Forderung einer Reform des Wahlrechts in Hessen eine überaus dringliche ist, wird durch das obwaltende Mißverhältnis zwischen der ländlichen und städtischen Vertretung erwiesen. Die Städte wählen nach dem herrschenden Modus 10 und die ländlichen Wahlbezirke 40 Abgeordnete auf 6 Jahre nach indirektem Verfahren, wobei die Wahlberechtigung nach einem Zensus bemessen ist und die Wählbarkeit auf 25 Lebensjahre normiert ist. Seit der Verfassungsrevision vom 8. Nov. 1872 hat sich in der Bevölkerung eine große Verschiebung vollzogen. Die städtische Bevölkerung von Mainz, Darmstadt, Gießen, Offenbach, Worms hat erheblich zugenommen, während ihre politische Vertretung mit dieser Wandlung der Verhältnisse nicht gleichen Schritt gehalten hat. Auch die Wahlkreiseinteilung ist veraltet. Auf allen diesen Punkten setzten die Reformen ein. Die Regierung erhöhte in ihrem Entwurf die Zahl der städtischen Vertreter von 10 auf 12. Schon dies war ein Grund der Mißstimmung bei der Ersten Kammer, in der sich die Neigung zu erkennen gab, im Anschluß an diese Vermehrung der städtischen Stimmen eine Vermehrung der ländlichen von 40 auf 43 zu fordern. Doch scheiterte ein bezüglicher Antrag in der Ersten Kammer an dem energischen Widerspruch der Regierung. Alsdann mißfiel der Ersten Kammer die allgemeine gleiche direkte und geheime Wahl. Sie wollte sie nur für die Landbezirke gelten lassen, während ihr für die städtischen Bezirke eine Listen- und Verhältniswahl besser behagte. Auch dieser Vorschlag fiel indes in der Pairskammer selbst, während ein anderer Wahlverschlechterungsantrag zur Annahme gelangte, der die Stichwahlen zugunsten eines zweiten Wahlganges beseitigte, an dem sich sämtliche Parteien von neuem beteiligen dürfen und bei dem einfache Mehrheit entscheiden sollte. Ueberall wünschte also die Erste Kammer Kautelen gegen die demokratisierende Tendenz des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und sie hat es schließlich durch ihren Initiativantrag dahin gebracht, daß wieder einmal jeglicher Fortschritt unterbunden worden ist. Man sieht daraus, zu welcher Rolle sich die Pairskammern in der Verfassungsgeschichte entwickeln. Sie werden das Hemmnis derjenigen Reformen, für die sich die Regierungen selbst mit aller Autorität einsetzen; sie verteidigen eine Privilegherrschaft und suchen dieselbe noch zu erweitern in einer Zeit, in der nicht trennende Privilegien der Sanierung des sozialen Zustandes des deutschen Volkes nottun, sondern ausgleichende Gerechtigkeit.

Die Ernte dessen, was die hessische Erste Kammer gesät hat, wird natürlich der Sozialdemokratie zufallen. Sie erhält wieder einmal Gelegenheit, eine Agitation gegen Klassenherrschaft zu inszenieren; dem Liberalismus aber, der den Ausgleich der Interessen, das Staatswohl, vertritt, muß, da er, zwischen die beiden extremen Parteien gestellt, bei jeder Zuspitzung der radikalen Gegensätze aufs äußerste geschädigt wird, seine versöhnende Aufgabe immer mehr erschwert werden. Möchte es einmal gelingen, den Geist der Reaktion in den Pairskammern selbst zu bannen und diese Körperschaften zu liberalen Führerschaften zu entwickeln. Aber wann wird sich das jemals verwirklichen? F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Laut „Dana. Ztg." richtete der Kaiser an den an Influenza erkrankten Minister Delbrück ein Telegramm, worin er ihm Besserung wünschte und dringend Schonung empfahl.

— Kronprinzessin Cecilie hat das Protektorat über den Volkswirtschaftlichen Verein zur Förderung der Obst- und Gemüseverwertung in Deutschland übernommen.

— Daß Justizminister Schönstedt sich für den 1. Januar in Kassel die fürstlich Wittgensteinsche Villa gemietet habe, bezeichnet die „Rhein.-Westf. Ztg." als unrichtig. Herr Schönstedt habe überhaupt nicht die Absicht, nach Kassel zu ziehen, sondern werde in Berlin bleiben.

Die Fleischnot.

Maßnahmen gegen die hohen Fleischpreise zu treffen, ist die Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern bereit. Sie hat sich in diesem Sinne am Montag in einem Schreiben an 430 Schlachthausgemeinden gewandt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind aber auch danach. Sie bezwecken nichts anderes, als eine Ausschaltung der Händler und der Schlächter und zu diesem Zwecke eine Kooperation der Landwirtschaftskammern mit den Städten. Es heißt in dem Schreiben an die Schlachthausgemeinden: Eine Oeffnung der Grenzen dürfe in erhöhtem Maße nicht stattfinden, wolle man die deutsche Landwirtschaft nicht der größten Gefahr aussetzen. Dann wird angeführt, daß die Preisbildung für Fleisch in den Städten von vielen anderen Bedingungen weit abhängiger ist, als von der Gestaltung der Viehpreise, welche dem Landwirt gezahlt werden. Die Zentralstelle führt dann fort:

„Wir sind bereit, Organisationen zu schaffen, welche in der Lage sind, das lebende Maßvieh oder das ausgeschlachtete Fleisch in Tierhälften an die städtischen Verwaltungen abzugeben und auf diese Weise zur Herbeiführung eines besseren und billigeren Verkehrs mit den Fleischkonsumenten das Ihrige zu beizutragen. Wenn die städtischen Verwaltungen den Vertrieb von Fleisch oder Vieh selbst, wie es bereits an verschiedenen Orten geschehen ist, in die Hand nehmen wollten, um die Fleischpreise zu verbilligen und in den Städten eber-

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Aus dem Leben eines englischen Staatsmannes.

Ein Buch von großer Wichtigkeit für die Geschichte der englischen Diplomatie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die soeben erschienene Biographie des Staatssekretärs und langjährigen Vertrauten der Königin Viktoria, des Lord Granville, die von Lord Edmond Fitzmaurice in zwei Bänden veröffentlicht wird. Seit dem großartigen Werke John Morleys über Gladstone, so meinen die englischen Blätter, sei kein so Aufsehen erregendes und bedeutsames Buch erschienen.

Wohl war Granville keine überragende Persönlichkeit, kein irgendwie genialer oder eigenartiger Charakter, aber in seiner liebenswürdigen Courtoisie, in seiner Pflichttreue und Anhänglichkeit das Urbild eines echten Gentleman, der die Zuneigung des Prinzgemahls und der Königin Viktoria besaß und in dessen Lebensschicksalen wie in seinen behaglich und vornehm plaudernden Briefen sich ein gut Stück europäischer Geschichte spiegelte. Vor allem tritt die Friedensliebe der englischen Herrscherin aus ihren Briefen und den Verhandlungen mit Granville deutlich zutage. So waren während des Krieges von 1864 der Premierminister Palmerston und der Staatssekretär Russell durchaus für Dänemark und suchten die Königin zu veranlassen, dieses Land gegen Preußen zu unterstützen. Die Königin dagegen war fest entschlossen, sich den Plänen ihres Premierministers zu widersetzen und den Frieden mit Preußen zu erhalten. Unter dem 27. Januar 1864 schrieb sie einen Brief an Lord Granville (den damaligen Präsidenten des Staatsrats), der folgenden Inhalt hatte:

„Es ist in unseren diplomatischen Verhandlungen zu viel getan worden und für uns nichts Gutes dabei herausgekommen. Wir sind leider in Deutschland verhaßt. Die einzige wirkliche ernstliche Verwickelung in dieser Angelegenheit wäre, wenn die Regierung irgendwo umgestimmt würde, und wenn wir, die wir das konstitutionelle England repräsentieren, von ihr verlangen würden, in einer der Konstitution widersprechenden Weise zu handeln. Die Königin bittet das Kabinett, fest zu bleiben und sie zu unterstützen. Lord Russell ist friedlichen Absichten zugänglich, aber Lord Palmerston beeinflußt ihn und macht ihn in seinen Absichten irre. Das Kabinett muß sich daher vor jeder irgendwie extremen Erklärung hüten, die uns zwingen würde, auf seiten der einen Partei zu treten. Lord Palmerston sollte andrerseits veranlaßt werden, im Parlament sehr vorsichtig zu sein, denn jede Ermutigung Dänemarks würde für uns verhängnisvoll werden. Lord Granville mag den Namen der Königin, wann es ihm nur notwendig erscheint, zur Durchsetzung dieser Meinung benützen, und wenn es ihm nützlich dünkt, ist die Königin bereit, in dieser Hinsicht an Russell zu schreiben."

Ein Brief vom 12. Februar spricht sich noch deutlicher über die friedlichen Absichten der Königin aus. Er hat folgenden Inhalt: Die Königin empfinde es als ihre Pflicht, im Interesse ihres Landes und des allgemeinen Friedens sich jedem Vorschlag zum Krieg zu widersetzen. Die einzige Möglichkeit, den Frieden für Europa aufrecht zu erhalten, ist die, Dänemark nicht zu unterstützen, das sich selbst in diese gefährliche Lage gebracht hat und das nach der Meinung der Königin sogar noch jetzt sich ihren Vorschlägen widersetzen wird. Dänemark ist alles in allem von weniger großer Bedeutung als der Frieden Europas und es wäre Wahnsinn, in dem ganzen Kontinent die Flammen der Zwietracht aufloben zu lassen, um der eingebildeten Vorteile willen, die man sich von der Aufrechterhaltung der Integrität Dänemarks verspreche. Sie sei allein und hilflos, darum schreibe sie an Granville als ihren treuen Diener und nicht als Präsidenten des Staatsrates; sie bitte ihn inständig um seine aufrichtige Meinung, sie fühle sich von Angst und allerlei Zweifel gepeinigt und vermisse in außerordentlich starkem Maße den Beistand, den Rat und die Güte ihres Gatten. Die Königin leide sehr, ihre Nerven seien nach und nach sehr überreizt; wenn Lord Granville es sich überlege, so werde er verstehen, wie schwierig ihre Lage sei. Aber obwohl all diese Sorge auf ihr laste, so könne sie doch nichts in dem festen Vorsatz wankend machen, sich jeglichem Versuche auf das energischste zu widersetzen, ihr Land in einen tollen und nutzlosen Kampf zu verstricken.

Auch sonst macht sich die gesteigerte Verantwortung, die die Königin nach dem Tode ihres Gemahls empfand, in manchen Ausrufen bemerkbar. So schließt sie einen Brief: „Wie schrecklich ist es doch, unbewacht, unberaten und verdächtigt zu sein und wie allein fühlt sich die arme Königin! Ihre Freunde müssen sie verteidigen." Am 12. Juni faßt sie noch einmal ihre Argumente gegen eine Beteiligung am Kriege zusammen, die dann auch zu der schließlichen Erklärung im Parlament vom 27. Juni führten, daß England in seiner Neutralität beharren werde: „Da wir wissen, daß Frankreich und Rußland bei einem Eingreifen mit bewaffneter Hand nicht mit uns gehen, was soll dann geschehen? Wir können doch nicht allein einen Krieg gegen Deutschland anfangen der geringfügigen Dinge wegen, die die Daren in den Friedensbedingungen noch verweigern. Selbst wenn die Regierung wünschte, Dänemark zu schützen, wie soll das geschehen?

Während des deutsch-französischen Krieges war Granville Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und sein Biograph berichtet höchst interessant von einem Besuch, den Thiers ihm machte, um die Hilfe Englands bei den Friedensunterhandlungen zu erlangen. Thiers entfaltete seine ganze Beredsamkeit und setzte auseinander, daß eine Intervention zu Englands eigenem Nutzen sein würde. „Lord Granville", so erzählt Fitzmaurice weiter, „wollte soeben in einer längeren Antwort seine Ansichten auseinandersetzen, als er sah, daß Thiers mit geschlossenen Augen tief in seinen Stuhl zurückgesunken war und scheinbar leblos, ohne daß man das Atmen bemerken konnte, dasaß. Granville glaubte im ersten Augenblick, daß Thiers unter den Aufregungen und Anstrengungen, die er in seinem hohen Alter noch zur Durchführung des Friedenswerkes auf sich genommen hatte, vielleicht plötzlich gestorben sei; er wollte um Hilfe rufen, aber da schien es ihm doch, als wenn noch Leben in diesem schwachen Körper wäre, und er vermutete, daß der greise Staatsmann nur eingeschlafen sei. Er machte sich daher am Feuer zu schaffen und ließ die Kohlenschaufel mit einem starken Geräusch auf den Boden fallen. Da wachte Thiers ganz ruhig wieder auf und setzte sogleich die Unterhaltung mit der größten Lebhaftigkeit wieder fort, als wenn nichts geschehen wäre."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051024029/fragment/page=0001

falls Organisationen zum Vertriebe des Fleisches einzurichten, so könnte aus gemeinschaftlichem Zusammenarbeiten sicherlich dem Landwirt wenigstens der Produktionspreis für das Fleisch gesichert werden, während die städtischen Konsumenten ihr Fleisch bestimmt **sehr viel billiger erhalten** würden.

Zum Schlusse erklärt das Kuratorium der Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammer noch, daß es ermächtigt ist, zur Schaffung solcher Organisationen die Hand zu bieten. — Was von derartigen Einrichtungen, wie sie hier vorgeschlagen werden, zu halten ist, ist von uns des öfteren bereits dargelegt worden. Die **Schlächter**, die einen so bedeutenden Prozentsatz des gewerblichen Mittelstandes ausmachen, ersehen wiederum, wie planmäßig die **Agrarier** an ihrer **Vernichtung** arbeiten. Die Händler können ja schon längst über die Gesinnungen, die das in den Landwirtschaftskammern korporierte Bündlertum gegen sie hegt, nicht im unklaren sein.

Ueber die Fleischteuerung wurde in der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung der **Aerztekammer Berlin-Brandenburg** eine Resolution eingebracht, die aber nicht zur Abstimmung gelangte. Sie hatte folgenden Wortlaut:

Die Aerztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin, eingedenk ihrer durch die königliche Verordnung gegebenen Verpflichtung, in Fragen der allgemeinen Volksgesundheit beratend und anregend zu wirken, bedauert, daß durch die seit Monaten anhaltende Fleischteuerung im Bezirke der Aerztekammer eine Unterkonsumtion dieses wichtigen Nahrungsmittels in der minder wohlhabenden und ärmeren Bevölkerung eingetreten ist, die an sich geeignet ist, die Widerstandskraft dieser großen Volksschichten gegen Krankheiten herabzusetzen.

Die Aerzte machen jetzt häufig, namentlich in der Kassenpraxis, die Erfahrung, daß die **Behandlung der Rekonvaleszenten**, der Blutarmen und vieler anderen Personen **sehr beeinträchtigt** wird durch die Schwierigkeit, hinreichend kräftiges Fleisch zu erlangen. Die Aerztekammer hält es daher im Interesse der Volksgesundheit für ihre Pflicht, an die kommunalen und staatlichen Behörden das Ersuchen zu richten, schleunigst die entsprechenden Maßregeln **zur Abhilfe der Fleischteuerung** zu ergreifen.

Der **hessische Landwirtschaftsrat** hat in seiner am Sonnabend abgehaltenen Gesamtsitzung eine Resolution bezüglich der Fleischteuerung gefaßt, die besagt, daß der gegenwärtige hohe Stand der Fleischpreise, der sich besonders in den größeren Städten fühlbar mache, nicht als die Folge einer allgemeinen Fleischnot betrachtet werden könne. Den größten Nutzen aus der Steigerung der Preise zögen der Zwischenhandel und die Metzger. Der Antrieb der Schlachtviehmärkte und die Schlachtungen einzelner Städte wiesen deutlich nach, daß ein Mangel an Fleisch nicht vorhanden sei. Der Rückgang des Antriebes der Schweine auf die Schlachtviehmärkte und der Rückgang der Schlachtungen an Schweinen in einzelnen Städten sei allein als die Folge einer Futterknappheit und Steigerung der Futtermittelpreise anzusehen. Dieser Rückgang sei als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten, indem durch die in diesem Jahre besser ausfallende Kartoffelernte den Landwirten die Möglichkeit geboten werde, die Mästung der Schweine in ausgedehnterem Maße rentabel zu gestalten. Die Oeffnung der Grenzen könne auf die Herabsetzung der Fleischpreise keinen Einfluß haben. (!)

Eine Gefährdung des Kanalgesetzes

erblickt die agrarische „D. T.-Z.“, jedenfalls doch mit aufrichtigem Bedauern, in der bekanntlich so gut wie gewissen Möglichkeit, daß sich im Bundesrat die bei Verfassungsänderungen erforderliche Mehrheit von 45 Stimmen für die Einführung von Schiffahrtsabgaben nicht finden sollte. Nach dem Wortlaut oder doch nach dem Geist des Kanalgesetzes könne der Betrieb des Kanals nur in Angriff genommen werden, wenn die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf den regulierten Strömen sichergestellt sei. Der „Hann. Cour.“ glaubt die Besorgnis der „D. T.-Z.“ beschwichtigen zu können. Er führt aus:

„§ 19 des Kanalgesetzes kann von keinen anderen Schiffahrtsabgaben sprechen, als den bereits nach Art. 54 der Reichsverfassung zulässigen für „besondere Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind“. Auch die in § 19 vorgesehene, durch den Ertrag der neuen Abgaben zu erzielende „angemessene Verzinsung und Tilgung derjenigen Aufwendungen, die der Staat zur Verbesserung und Vertiefung jedes dieser Flüsse über das natürliche Maß hinaus im Interesse der Schiffahrt gemacht hat“, kann nur im Sinne der Reichsverfassung als Betrag der „zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten“ angesehen werden. Widerspräche § 19 des Kanalgesetzes dem Art. 54 der Reichsverfassung, so wäre das doch rite verabschiedete und promulgierte Gesetz eben verfassungswidrig. Als lex imperfecta aber könnte es nur in dem Falle angesehen werden, wenn darin als Voraussetzung seines Inkrafttretens die Aenderung der Reichsverfassung ausdrücklich bezeichnet würde. Da dies nicht der Fall ist, liegt, zumal die Verfassungsfrage im preußischen Landtage eingehend erörtert worden ist, die Präsumtion vor, daß § 19 keinen Widerspruch gegen Art. 54 der Reichsverfassung beabsichtigt, dessen Bestimmungen über Schiffahrtsabgaben vielmehr nur interpretiert bezw. für die preußischen Verhältnisse nutzbar macht. Eine Entscheidung in den gesetzgebenden Instanzen des Reiches über die Zulässigkeit von Schiffahrtsabgaben im allgemeinen hat darnach mit der Wirksamkeit des Kanalgesetzes und der von der Erhebung der Abgaben auf regulierten Flüssen abhängig gemachten Inbetriebsetzung des Kanals nichts zu tun.“

Die „Deutsche Tageszeitg.“ erwidert darauf: Diese Ausführungen seien lediglich eine Bestätigung ihrer eigenen. Es lägen nur zwei Möglichkeiten vor: Entweder sind die im § 19 des Kanalgesetzes vorgesehenen Abgaben **verfassungsmäßig möglich** oder sie widersprechen der Verfassung. In diesem letzteren Falle müßte, ehe der Kanal in Betrieb gesetzt werden könnte, eine **Verfassungsänderung** erfolgen. Würde die beantragte Aenderung im Bundesrate nicht die Mehrheit finden, so wäre der Kanalbetrieb nicht nur gefährdet, sondern nach dem Wortlaut des Kanalgesetzes **unmöglich**. Wer also den Kanalbetrieb nicht gefährden will, tut gut daran, die Frage der **Verfassungsmäßigkeit der im § 19 des Kanalgesetzes vorgesehenen Abgaben nicht aufzuwerfen**. — Die Ausführungen der „Deutschen Tageszig.“ machen den Eindruck einer sophistischen Wortklauberei.

Schippel, der Schutzzöllner.

Die „Leipz. Volksztg.“ regt sich durch einen ganzen Leitartikel darüber auf, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Chemnitz, **Schippel**, den seine schutzzöllnerischen Ketzereien bekanntlich schon einmal zwischen Tür und Angel der Partei gebracht haben, in einem bürgerlichen Verlage eine Schrift hat erscheinen lassen, in der er die absolute Unhaltbarkeit der amerikanischen Handelspolitik nachweist, aber nun nicht etwa einen Feldzug zu Gunsten des Freihandels in Amerika befürwortet, sondern „den Eindruck von der absoluten Notwendigkeit eines **Zollkrieges** mit den Vereinigten Staaten erweckt.“ Wie alle Schippelschen Schriften der letzten Jahre die grinsende Zustimmung der Arbeiterfeinde gefunden hätten, so habe an seiner neuesten Arbeit speziell der „ruchloseste und nichtswürdigste Flügel dieser Arbeiterfeinde, die Bande der agrarischen Lebensmittelwucherer,“ sein besonderes Pläsier. Man sieht, der „gute Ton“ wird weiter gepflegt.

Eine neue Machtprobe im Ruhrrevier?

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ bringt einen offenbar vom Bergbaulichen Verein inspirierten Artikel, in dem die Nachteile des **Belegschaftswechsels** im Ruhrrevier für die Unternehmer erörtert werden und erklärt wird, daß den Unternehmern nichts übrig bleibe, als den neuerdings ihnen aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Die Uebelstände, die aus dem grundlosen Belegschaftswechsel für die Unternehmer resultierten, seien unerträglich. In auffälliger Schrift teilt das Blatt dann mit, diese Auffassung habe heute zu einer **Verständigung zwischen den Zechenbesitzern** geführt, wonach vorläufig bis zu einem bestimmten Termin kein Bergarbeiter auf den Zechen angenommen werden soll, der ohne Grund seine Arbeit auf einer anderen Zeche niedergelegt hat. Dies sei einstweilen eine **freie Vereinbarung** zwischen den Zechenbesitzern; sollte sie aber ihren Zweck erfüllen, so werde ein strafferes Band notwendig. Die Arbeitgeber müßten von den Arbeitnehmern lernen, denn diese hätten ihnen den Kampf aufgezwungen.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Mit den Plünderungszügen der Hottentotten im Süden von Deutsch-Südwestafrika beschäftigt sich abermals eine neue Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“, die aus Bethanien vom 17. Sept. datiert ist, sehr ausführlich. Wie erinnerlich, hatte **Hendrik Witboi** die Zeit, während der General Trotha mit seinen Mannschaften in einer anderen Gegend weilte, dazu benutzt, um in der Nähe von **Keetmanshoop** für eine **halbe Million Mark Vieh** zu rauben. Es gelang ihm auch, da eine Verfolgung unterblieb, das ganze Vieh nach der Ostgrenze zu bringen. Der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ weist nun darauf hin, daß die Aufständischen sich in der Hauptsache nur dadurch halten können, daß sie immer wieder Vieh rauben, um dagegen Kriegsmaterial einzutauschen. Würde unser Vieh wirksam vor Wegnahme geschützt, so wären den Eingeborenen die Mittel zur Fortsetzung des Aufstandes genommen.

„Dem ganzen Zug Hendrik Witbois nach Westen lag ganz offenbar nur der Plan zugrunde, die Viehbestände in der Umgebung von Keetmanshoop zu rauben. Denn nur dort befindet sich überhaupt noch Vieh. Im Westen, wohin Hendrik von der Kalahari gezogen ist, war für ihn so wenig zu holen, wie in der Kalahari selbst. Der Zug nach Westen konnte nur den Zweck haben, unsere bei Keetmanshoop stehenden Truppen dorthin zu locken, um dann die unbewachten Viehbestände zu rauben. Dies ist den Witbois nur zu gut gelungen. **Trotha hat sich täuschen lassen.** Jetzt, wo das Vieh geraubt ist, sind wieder Truppen nach Keetmanshoop abgerückt. Die ausgeraubten Plätze sind jetzt besetzt worden. Trotzdem wurde vor einigen Tagen aus Ties wieder über Viehraub berichtet.

Eine weit schlimmere Nachricht ist aus der Südostecke des Schutzgebiets gekommen: Bei Nochas-Dawignab haben die Eingeborenen der 12. Kompagnie **sämtliche Pferde und Maulesel, etwa 250 Stück, geraubt.** Natürlich dienen die Tiere zum gleichen Zweck wie das Vieh den Witbois zum Verkauf an der englischen Grenze. Nicht ohne Grund liest man in Kap-Zeitungen über einen schwungvollen Handel mit Pferden und Eseln an der Grenze. Man vermutet, daß es Morenga-Leute waren, mit denen immer noch so eine Art Waffenstillstand besteht, weil nicht die nötigen Truppen zur Stelle sind, um erfolgreich gegen Morenga etwas zu unternehmen, und mit ihm schon wiederholt über Frieden verhandelt wurde. Doch traut man der Sache nicht. Morengas Leute ziehen ohne Waffen in der Gegend umher und betteln bei unseren Stationen um Proviant. Den Tag vor dem großen Pferderaub hatten noch Morenga-Leute bei der 12. Kompagnie gebettelt.“

Witbois Antwort.

Auf die bekannte **Proklamation des Generals von Trotha**, welche denjenigen Aufständischen, die sich freiwillig stellten, Schonung des Lebens, Arbeit und Verpflegung verspricht, soll **Hendrik Witboi** brieflich geantwortet haben: Er lasse sich nicht einschüchtern, wünsche kein Bedauern, wisse allein, was er wert sei, könne seine Lage selbst am besten beurteilen und werde einen Frieden, der ihm das Leben und seinem Volke den Untergang koste, nicht machen. Zu dieser Antwort bemerkt Generalleutnant v. François in seiner neuesten Besprechung des Hottentotten-Aufstandes im Militär-Wochenblatte u. a. das Nachfolgende:

„Die Antwort Witbois deutet auf eine gewisse Wirkung der Proklamation und zeigt ebenso wie die Verhandlungen mit Morengo, daß sie verstanden worden ist ... Es würde sehr wichtig sein, durch Stärke der Transporte und Patrouillen, aber auch durch deren Umsicht und energischen Widerstand, Fortnahme von Wagen und Preisgabe einzelner Reiter zu verhindern. Leider scheint es an **nachhaltigem Widerstand** in einigen Fällen **gefehlt** zu haben, und die Wagen sind **bald im Stich gelassen** worden. Sehr richtig ist aber das Bestreben der Führung, die feindliche Widerstandskraft dadurch zu schwächen, daß sie die Aufständischen so häufig wie möglich zu Gefechten zwingt, ihnen Verluste beibringt, sie veranlaßt, Munition zu verschießen und ihnen das Vieh fortnimmt. Durch Verhinderung der Zufuhr, durch Gewalt und List müßte besonders ihr Patronenvorrat und ihr Bestand an Vieh erschöpft werden. Dazu muß unseren Truppen Zeit gelassen werden.

Politisches.

— Gestern wurde in der städtischen Parkanlage in Nürnberg die **Bronzebüste** des verstorbenen fortschrittlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten **Karl v. Craemer** in Anwesenheit der liberalen Vereinigung der bayerischen Abgeordnetenkammer feierlich enthüllt.

— Die „Bresl. Volkswacht“ meldet gerüchtweise, daß — **Stadthagen Chefredakteur des „Vorwärts“** werden solle.

Parlamentarisches.

— In Bundesratskreisen herrscht die Meinung vor, daß der **Reichstag** die erste Lesung der Entwürfe wegen Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches und wegen Konsolidierung des Finanzwesens im Reiche und in den Einzelstaaten noch **vor** Weihnachten vornehmen könne. Ebenso würde die erste Lesung des **Etats** bis dahin sich erledigen lassen. Die Kommissionsarbeiten könnten dann bald nach Neujahr aufgenommen werden. Auf ihre Beendigung in der zweiten Hälfte Februar, spätestens Anfang März, müßte Gewicht gelegt werden, damit spätestens im März die zweiten und dritten Lesungen der **Finanzvorlagen**, des Etats und der **Militärpensionsgesetze** stattfinden könnten und zum Abschluß gebracht würden.

— Die **Börsengesetznovelle** ist dem Bundesrat noch nicht wieder zugegangen. Hingegen liegt ihm der Gesetzentwurf wegen der **gewerblichen Berufsvereine** vor.

Kirche und Schule.

— Die **Brandenburgische Provinzialsynode** beschäftigte sich gestern mit den (jetzt auf 16 angewachsenen) Anträgen von Kreissynoden betreffend den **Bekenntnisstand und die Lehrordnung** der Landeskirche. Der Vorstand der Provinzialsynode hat sich einstimmig dahin schlüssig gemacht, vorzuschlagen, die Angelegenheit zur Vorberatung erst einer besonders zu wählenden Kommission zu übergeben. Die Kommission soll 15 Mitglieder zählen. Zur Geschäftsordnung gab darauf Eisenbahndirektor a. D. **Schrader** eine längere schriftliche Erklärung der Linken ab, in der die bekannte Stellung der Liberalen gegen eine Lehrverpflichtung dargelegt, im übrigen aber einer Kommissionsberatung zugestimmt wird. — Die „**Evangelische Vereinigung**“ ließ darauf durch Syn. Geh. Ober-Postrat **Spilling** ebenfalls eine Erklärung abgeben, die mit einem Bekenntnis beginnt, aber die Teilnahme der Evangelischen Vereinigung an den Kommissionsberatungen **ablehnt** (Lautes Aha! rechts), da man sich nach den ausführlichen Besprechungen der Frage auf der Generalsynode und der letzten Provinzialsynode ein ersprießliches Ergebnis darin nicht verspreche. Die Synode beschloß darauf **mit allen gegen die Stimmen der Evangelischen Vereinigung** Verweisung der Anträge an eine Kommission zur Vorberatung. In die Kommission wurden folgende 15 Mitglieder gewählt: Superint. Braune-Königsberg N.-M., Superint. Feldhahn-Seelow, Geh. Reg.-Rat Schumann-Frankfurt a. O., Pfarrer Schwartzkopff-Berlin, Geh. Regierungsrat v. Wrochem-Potsdam, Landrat v. Arnim-Templin, Pastor Dietrich-Berlin, Superint. Hennig-Friedeberg N.-M., Gymnasialdirektor Dr. Lück-Steglitz, Erziehungsinspektor Schulz-Berlin, Hofprediger a. D. D. Stöcker, Superint. a. D. Tillich-Berlin, Hofprediger Wendlandt-Potsdam, Prof. D. Weiß-Berlin, Eisenbahndirektor a. D. Schrader-Berlin.

— Für das **kirchliche Wahlrecht der Frau** hat sich die Sektion Berlin des deutschen Protestantenvereins in ihrer Sitzung am 10. Oktober ausgesprochen. Sie stimmte der Grundforderung zu, daß den Frauen das aktive und passive Wahlrecht in der Kirche zu gewähren sei. Ueber die praktische Ausgestaltung dieses Rechts seien noch keine Vorschläge zu machen. Schon jetzt aber sei es möglich und erforderlich, den Frauen eine verantwortliche und dadurch erst wirkungsvolle Mitarbeit in den kirchlichen Dingen, namentlich in der kirchlich-liberalen Vereinstätigkeit, zu gewähren.

— Der Austausch von **jüngeren Lehrern** zwischen **Preußen, England und Frankreich** ist in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses von dem Unterrichtsminister angekündigt worden. In den letzten Tagen wurde auch aus Breslau gemeldet, daß dort ein junger Franzose an dem Friedrichs-Gymnasium Unterricht erteile. Jetzt schreibt die „Danz. Ztg.“, dem königlichen Gymnasium in Danzig sei ebenfalls ein französischer Lehrer für ein Jahr überwiesen worden.

— Die Studierenden der Rechtswissenschaft werden neuerdings von den Dekanen der Juristenfakultäten darauf aufmerksam gemacht, daß **Juristen**, die sich später dem **Staatseisenbahndienste** widmen wollen, nur dann Aussicht haben, zur Staatseisenbahnverwaltung übernommen zu werden, wenn sie den Nachweis liefern können, daß sie sich mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre, der Finanzwissenschaft, der sozialpolitischen Gesetzgebung wie auch mit der Technologie eingehend beschäftigt haben.

Industrie und Handel.

— Wie der „Wiener Allg. Ztg.“ aus Belgrad gemeldet wird, wird die dortige liberale Partei dem **serbischen Handelsvertrag mit Deutschland** entschieden Opposition machen.

Finanz- und Steuerwesen.

— Nach der „Nat.-Ztg.“ bringen die in Aussicht stehenden Vorlagen zur **Reichsfinanzreform** bezüglich der Matrikularbeiträge nicht nur die Bestimmung einer **Höchstgrenze**, sondern auch die Bestimmung, daß nicht mehr die **Kopfzahl** der Bevölkerung, sondern die **Leistungsfähigkeit** des einzelnen Staates den Maßstab für die nach oben begrenzte Zuschußleistung an das Reich bildet. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich diese Nachricht bestätigte.

Handwerk und Gewerbe.

— Auf die Fürsorge für die **schulentlassene Jugend** weist der Minister für Handel und Gewerbe in einem neuen Runderlaß hin, in dem er die Aufmerksamkeit der Behörden besonders auf die Veranstaltungen lenkt, die geeignet sind, einen Zusammenschluß der jungen Leute zu verständiger Verwendung ihrer freien Zeit herbeizuführen.

Koloniales.

— Die deutsch-französische Kommission zur Festlegung der Grenze zwischen **Kamerun und Französisch-Kongo** ist am 20. Oktober in Matadi am Kongo eingetroffen und hat die Weiterreise mit der belgischen Eisenbahn bis Leopoldville angetreten. Dann wird die gemischte Grenzkommission auf dem Kongo und seinem Nebenfluß, dem Sanga, nordwärts vordringen, soweit der Wasserstand des Sanga es erlaubt. Der Lauf des Sanga bezeichnet nach dem Berliner Protokolle zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich vom 4. Febr. 1904 die Grenze nur auf 30 km, weitere 1000 km bis zum Tschadsee oder jedenfalls bis zum Schari, ist sie unsicher. Was in dem erwähnten Protokoll festgesetzt ist, ist bis auf die beiden Flußgrenzen vollständig unsicher. Von Grund auf muß neu gearbeitet werden, und vor Ablauf von zwei Jahren werden die Arbeiten kaum beendet sein; was an Messungen und Bestimmungen bisher vorliegt, ist zum größten Teil irrig.

Ausland.

Warum Déroulède nach Wien übergesiedelt ist,

hat er einem Mitarbeiter des „N. Wien. Journals“ verraten. Er erzählte:

„Sie wissen, daß ich seit Jahren in der Verbannung, fern von meinem Vaterlande leben muß, das ich so heiß liebe. Das kam so. Ich bin ein Republikaner. Frankreich ist Republik. Nur wünschte ich eine andere Form der Republik. Ein Volk, das seine Bürgermeister, seine Deputierten allein zu wählen vermag, das soll auch direkt, aus seiner Mitte, seinen **Präsidenten**, sein Oberhaupt wählen dürfen. Das ist alles. Also deshalb hat man mich verbannt. Ich zog nach **Spanien**, gewann viele Freunde, sogar die Gunst des Königs, und lebte so glücklich, als ich eben außerhalb Frankreichs zu leben vermag. Nun kam der 13. Juli dieses Jahres. Sie wissen, daß an diesem Tage der Antrag eingebracht wurde, man möge mich **amnestieren**, so daß ich wieder in den Vollgenuß meiner politischen Rechte eintreten könne. Ich wurde, was niemand verlangt hatte, **begnadigt**, ohne politisches Recht, wie ein aus dem Bagno Entlassener sollte ich zurückkehren. Meine Freunde kamen damals zu mir nach San Sebastian und **flehten** mich an, von der Gnade Gebrauch zu machen. Ich sagte: „Nein, so kehre ich nicht zurück.“ Da sagten die Freunde: „Du bleibst nur deshalb hier, weil du dich **hier wohl** fühlst.“ „Gut“, antwortete ich, „ich werde euch vom Gegenteil überzeugen. Ich ziehe fort, sei es, **wohin auch immer**.“ Wien war mir am **sympathischsten**. König Alfons stellte an mich dieselbe Frage wie Sie. „Sir“, antwortete ich, „meine Freunde glauben, ich fühle mich hier daheim. Sie glauben, ich sei Ihr Untertan geworden. Ich muß sie von dem Gegenteil überzeugen, ich muß ihnen zeigen, wie **furchtbar** ich in der Fremde leide!“

So bin ich nach Wien gekommen, und Gott weiß, wie schwer ich die Verbannung trage. — Aber nach wiederholten Verschiebungen wird die Kammer am 30. Oktober wieder eröffnet. Man wird die Verhandlungen dort wieder aufnehmen, wo sie im Juli unter großen Tumulten abgebrochen wurden, bei den **Amnestien**. Und da hoffe ich“ ...

Déroulèdes Stimme beginnt, so schließt der Mitarbeiter dramatisch, vor Erregung zu zittern.

Die Krisis in Ungarn.

Die Koalition hat beschlossen, schon jetzt gegen das neue Kabinett Fejervary Stellung zu nehmen. Es soll an die Nation eine Kundgebung gerichtet werden, in der erklärt wird, daß das Parlament zu der Regierung kein Vertrauen haben könnte, da diese bereits ein Mißtrauensvotum erhalten habe und eine Anklage gegen sie eingebracht sei. Mit der Abfassung dieser Kundgebung wird Graf **Apponyi** betraut. Die Kundgebung soll bereits morgen durch die Presse bekannt gemacht werden.

Präsident Loubet in Madrid.

Der **König von Spanien** veranstaltete gestern zu Ehren des Präsidenten Loubet eine **Galadiner**, dem die gesamte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051024029/fragment/page=0002

Königliche Familie, die Minister, Marschälle u. a. beiwohnten. Der König brachte während des Mahles folgenden Trinkspruch aus, der stehend angehört wurde:

„Herr Präsident, empfangen Sie meinen herzlichen Gruß bei Ihrer Ankunft in meinem Lande. Seien Sie sicher, daß Sie überall in Spanien nur sehr herzliche Beweise von Freundschaft, die das spanische Volk für Frankreich hat, empfangen werden. Spanien wünscht lebhaft, stets seine Interessen mit denen Frankreichs in Uebereinstimmung zu bringen. Diese Uebereinstimmung, die bisher vollkommen war, wird auch in Zukunft ihren natürlichen Lauf nehmen. Die herzliche Freundschaft Spaniens und Frankreichs ist sicher mit der Freundschaft Spaniens für alle Länder in Einklang zu bringen. Der allgemeine Friede ist der heiße Wunsch meines Herzens. Ich bin sicher, daß er das Ziel der Politik der beiden Regierungen ist. Ich erhebe mein Glas zu Ehren Ew. Exzellenz auf die Wohlfahrt und die Größe Frankreichs."

Präsident Loubet erwiderte:

„Ich danke Ew. Majestät für den so herzlichen Empfang, der mir seitens Ew. Majestät, der Königlichen Familie und des ganzen spanischen Volkes zuteil geworden ist. Die Sympathiekundgebungen, die dem Präsidenten der Republik erwiesen wurden, gelchen nur denen, die die französische Regierung und die Bevölkerung von Paris Ew. Majestät erwiesen haben. Die vorzüglichen Beziehungen, die immer zwischen den beiden benachbarten und befreundeten Ländern bestanden, können in Zukunft nur noch stärker werden, und wenn Ihre Reise nach Frankreich außerordentlich viel zu dieser Uebereinstimmung beigetragen hat, so gelobe ich, daß meine Reise nach Spanien ihr ebenso dienlich sein soll. Wie Sie ein ich überzeugt, daß die herzlichen Beziehungen nur den Interessen unserer beiden Länder und der Sache des allgemeinen Friedens dienen können, der uns teuer ist. Von ganzem Herzen erhebe ich mein Glas zu Ehren Ew. Majestät, der Königin Maria Christine und der Königlichen Familie und trinke auf die Wohlfahrt und Größe Spaniens."

Die Lage in Rußland.

In Jurfewez (Gouv. Kostroma) beschloß gestern eine Versammlung von etwa 300 Bauern aus den Nachbardörfern, an den Wahlen zur Reichsduma nicht teilzunehmen, da sie nicht als eine wahre Volksvertretung anzusehen sei. Jeder, der an dieser „Wahlkomödie" teilnehme, solle als Verräter der Volksfreiheit gelten. In Krementschug fanden mehrere öffentliche Versammlungen statt, in denen zum Boykott der Reichsduma aufgefordert wurde. In Jekaterinoslaw veranstalteten die Schüler der Mittelschulen, die sich weigerten, den Unterricht zu besuchen, eine öffentliche Kundgebung.

Die Pforte wahrt ihre Souveränität.

Die Pforte hat am Sonntag ganz unerwarteterweise eine neue Note den Botschaftern der Großmächte überreicht, die voraussichtlich Anlaß zu einer schnellen Entscheidung geben wird. Die Note hat große Ueberraschung hervorgerufen. Gegen ihren Gedankengang mag juristisch nichts einzuwenden sein, die Pforte legt aber weniger hierauf Wert, denn ihr ist es zweifellos darum zu tun, eine ernste Belastungsprobe des europäischen Konzertes vorzunehmen und zu prüfen, wie weit sie bei ihrem Widerstand gehen darf. Die Mehrzahl der diplomatischen Kreise erblickt in der Note der Pforte eine direkte Herausforderung der Mächte. Die Note sagt der „Frankf. Ztg." zufolge wörtlich:

Die Pforte vernehme mit aufrichtigem Bedauern, daß trotz der von ihr erhobenen Einwendungen die durch die vier Großmächte delegierten Beamten sich nicht bloß an Ort und Stelle begeben haben, sondern daß sie auch mit den dem Generalinspektor für Macedonien beigegebenen zwei Zivilagenten zu Sitzungen sich vereinigten und gemeinsam über finanzielle Angelegenheiten der genannten Provinzen beraten, was der den Zivilagenten übertragenen Aufgabe, die in präzisesten Form festgelegt und begrenzt ist, zuwiderläuft. Die kaiserliche Regierung kann nicht zugeben, daß diese Grenzen verschoben werden, und noch weniger darf sie gestatten, daß fremde von ihr nicht anerkannte Agenten auf ihr Territorium kommen und sich in Angelegenheiten ihrer Verwaltung einmischen. Diese Tatsache, die der bestehenden Abmachung widerspricht, bedeutet die ernsteste Verletzung der Verträge, der Rechte des Sultans und der Interessen des Landes. Die kaiserliche Regierung erklärt daher nochmals, daß es ihr unmöglich sei, eine solche Lage hinzunehmen, und sie muß darauf bestehen, daß die Vertreter der Großmächte, in ihrem Gerechtigkeitsgefühl dieser Lage ein Ende machen.

Großbritannien.

Es wird bestätigt, daß dem Mikado der Hosenbandorden verliehen werden soll.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

I. Halle, 23. Oktober.

Des Vergehens wider §§ 14 und 19 des Warenschutzgesetzes war angeklagt der Bierverleger und Biergroßhändler Otto F. von hier. F. bezieht u. a. in seinem umfangreichen Geschäft das Spatenbräu aus der Brauerei von Gebrüder Sedlmeyer in München. F. bezeichnete nun in fettgedruckter Schrift auf Rechnungen dieses Bier als „Salvator-Bier". Dadurch fühlte sich die Salvator-Brauerei (Paulanerbrauerei) geschädigt, weil ihr der Name des von ihr fabrizierten Produktes geschützt ist. Die Brauerei Sedlmeyer bezeichnet ihr Bier selbst als Salvator, sagt aber in Empfehlungen, daß das Wort „Salvator" mit Vorsicht aufzunehmen bezw. zu gebrauchen ist. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, Brauerei-Direktors Schneider, ist das Salvatorbier ein besonders schweres Bier, das zu bestimmten Zeiten gebraut wird, wie unser Bockbier. F. wurde zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt und der Paulaner-Brauerei die Publikationsbefugnis zugesprochen. Das Gericht war der Ansicht, daß der Warenschutz der Paulaner-Brauerei zu Recht besteht.

Die aus der Strafsache vorgeführten Zigarrenfabrikant Franz G. aus Brehna und der Handelsmann Otto G., von denen ersterer ein Jahr, letzterer zwei Jahre Gefängnis wegen Schwindeleien zu verbüßen hat, waren wiederum eines versuchten Betruges angeklagt. Die Brüder hatten davon Kenntnis bekommen, daß der Landwirt B. in Großkugel mit seiner Frau in Scheidung liege. Sie fertigten einen Brief an, in dem die Ehefrau B. eines Verbrechens und der Ehemann B. der Mittäterschaft bezichtigt wurde. Mit diesem fingierten Schreiben wirkten sie auf B. derart ein, daß er auf den Vorschlag einging, sein Inventar für 4200 M. zu verkaufen und zwar nur scheinbar, damit seine Frau nicht über die Sachen verfügen könne. Nachher behaupteten die Brüder G., die 4200 M. tatsächlich an B. gezahlt zu haben, und holten Kühe und Schweine weg. B. wurde nun ängstlich und holte sich Rat von einem Rechtsanwalt, der sofort Anzeige erstattete. Der erwachsene Schaden belief sich auf 50 M. Das Urteil lautete gegen Franz G. auf eine Zusatzstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, gegen Otto G. auf 1 Jahr Gefängnis; beiden wurden auch die Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

— Der Prozeß wider den Mörder Denzer, der im Juli den Oberpostpraktikanten Hehde aus Magdeburg im Illenburger Revier erschossen und beraubt hat, wird voraussichtlich im November vor der Strafkammer in Halberstadt verhandelt. Vor das Schwurgericht kann Denzer nicht kommen, da er noch nicht 18 Jahre alt ist. Die höchste Strafe, die ihm treffen kann, besteht in 15 Jahren Gefängnis.

— Beleidigte Offiziersfrauen. Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Magdeburger Generalanzeigers", Eifert, der in einer Mitteilung über die Verhandlung eines Kriegsgerichts von einem fahnenflüchtigen Offizier behauptet hatte, daß er zu der Frau eines Offiziers in Beziehung gestanden hätte, hatten die Männer von vier Offiziersfrauen im vorigen Jahre Anklage wegen Beleidigung erhoben. Der angeklagte Redakteur war damals freigesprochen worden. Auf die Revision beim Reichsgericht hatte dieses die Klage zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zu Magdeburg zurückverwiesen. Diese verurteilte den Redakteur zu 300 M. Geldstrafe.

Provinzialnachrichten.

a **Vom Brocken**, 23. Okt. [Witterungsbericht.] Bei Sonnenaufgang war am Sonnabend die Aussicht eine prächtige, die Täler waren zwar größtenteils durch ein in 700 Meter Höhe lagerndes Wolkenmeer verdeckt, aber darüber erhoben sich wie Inseln die höheren Harzberge in prachtvoller Klarheit. Die glänzenden Schneeflächen, abwechselnd mit schwarzen Tannenwäldern, boten mit den von der Sonne beschienenen Wolkenkuppen ein Gesamtbild, wie es im Sommer kaum so schön sich findet. Aber nachmittags war es mit der Herrlichkeit zu Ende, der Gipfel war plötzlich mit dichtem Nebel überzogen, der den ganzen Sonntag und auch heute noch anhält. Zuweilen trat leichter Schneefall ein. Die Temperaturen schwankten am 21. und 22. zwischen —7,6 Grad und —1,8 Grad; heute früh (7 Uhr) zeigte das Thermometer —4,8 Grad. Mittags herrscht ziemlich starker Schneefall bei 3 Grad Kälte. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

* **Thale** a. Harz, 24. Okt. [Zum Skelettfund. — Nach dem Hexentanzplatz.] Da bei dem aufgefundenen Skelett kein Rest von Kleidungsstücken vorhanden ist, so fehlt jede Möglichkeit festzustellen, wie lange es schon in der Erde ruht. Die Knochen sind sehr mürbe, danach müßte es schon sehr lange liegen, anderseits kann dazu auch die Feuchtigkeit beigetragen haben. Die Vermutung, daß es sich um den angeblich ermordeten Ingenieur Schmidt handelt, ist bisher durch nichts bestätigt, es kann deshalb auch kein Verfahren gegen den verdächtigten Volkmann in Düsseldorf eingeleitet werden. — Am Sonntag konnte zum ersten Male der neu angelegte Fußweg vom Waldkater nach dem Hexentanzplatz bezw. Walpurgishalle begangen werden. Der neue, innerhalb 6 Wochen unter Ueberwindung ziemlicher Schwierigkeiten geschaffene Weg geht vom Brunhildewege, oberhalb des Waldkaters ab; man kann auf ihm innerhalb 25 Minuten bequem und ohne besondere Anstrengung die Höhe erreichen. Das Verdienst, diesen Weg, der prachtvolle Aussichten in das Bodetal wie in das freie Land gewährt, geschaffen zu haben, hat der Vorsitzende der Kurverwaltung, Gemeindevorsteher Schönermarck und der Rentier Wilhelm Wolde.

* **Osterweddingen**, 24. Okt. [Vom Strudel erfaßt.] Handelsmann Stakowiak, der sein Geschirr in der sogen. Pferdebode abspülen wollte, wurde hierbei vom Strudel erfaßt und samt Pferd und Wagen vom Wasser fortgetrieben. Das Pferd ertrank, St. selbst konnte mit Mühe gerettet werden.

g. **Wettin**, 24. Okt. [Grubenunglück.] In der Sonnabendsnachtschicht wurden auf der Grube „Johannashall" die Bergleute Karl Werner und Gustav Tempel durch Abbrennen des Wetterscheiders am Kopf und Armen erheblich verletzt.

* **Erfurt**, 24. Okt. [Attentat.] Während ein Gastwirt in Niedercorsen in seiner Gaststube stand, zersplitterte plötzlich eine Fensterscheibe nach der Ortsstraße zu und eine Kugel fuhr in den Türpfosten. Der Gendarm nahm eingehende Untersuchungen vor, der Schütze konnte aber nicht ermittelt werden. Der Wirt nimmt an, daß der Schuß ihm galt.

* **Mühlhausen i. Th.**, 24. Okt. [Die Stadtverordneten] erklärten sich in der Frage der Fleischteuerung mit der Maßnahme des Magistrats einverstanden, der auf Veranlassung des Magdeburger Oberbürgermeisters dem Oberbürgermeister Kirschner in Berlin mitgeteilt hatte, daß er sich an einer gemeinsamen Aktion der deutschen Städte gegen die Fleischnot beteiligen werde. — Der Provinz Sachsen soll ein Areal zur Errichtung einer Fürsorge-Erziehungsanstalt mit dem Bemerken angeboten werden, daß die Stadt bereit sei, zu den Grunderwerbskosten einen Zuschuß bis zu 15,000 M. zu leisten.

* **Blankenburg** (Harz), 23. Okt. [Der Kaiser] trifft zur Teilnahme an der Hofjagd am Freitag nachmittag gegen 1/2 6 Uhr im hiesigen Schlosse ein. Es sind zwei Treiben in Aussicht genommen; das eine im Klostergrunde, das andere im Tecktal. Für jedes Treiben sind 400 Wildschweine (außer Frischlingen) zum Abschuß bestimmt. Die Rückreise des Kaisers ist auf Sonnabend 1/2 11 Uhr abends festgesetzt.

* **Dessau**, 24. Okt. [Ihren 101. Geburtstag] feierte gestern hier die greise Frau v. Kügelgen.

* **Köthen**, 22. Okt. [Eine heftige Gasexplosion] ereignete sich am Donnerstag in der Wohnung des Eisenbahnschaffners B. in der Leopoldstraße. Kaufmann Willy F., der sich auch mit Installationen beschäftigt, hatte eine Gaslampe angebracht. Um die Lampe zu entzünden, öffnete F. den Hauptbahn der Gasleitung, ohne sich vorher überzeugt zu haben, daß auch alle Hähne von den Heiz- und Leuchtkörpern geschlossen sind. Durch irgend einen Zufall war aber der Hahn am Gaskocher geöffnet, und das Gas strömte in das Zimmer. F. wollte nun die Leitung ablenchten, zündete ein Streichholz an und sofort erfolgte eine starke Gasexplosion, die die Türen aufriß und die Fenster zertrümmerte, sogar Ziegel sollen vom Dach gefallen sein. F. erlitt im Gesicht und an den Händen schwere Brandwunden.

* **Roda** (S.-Altenburg), 24. Okt. [Von der Transmission] wurde in einem hiesigen Sägewerk der 14jährige Schulknabe Emil Bochmann erfaßt und mehreremal herumgeschleudert. Er starb alsbald infolge der schweren Verletzung.

* **Apolda**, 24. Okt. [Zu unliebsamen Auseinandersetzungen,] sei denen Erster Bürgermeister Stegmann und Stadtbaumeister Meyer stark beteiligt waren, kam es in der letzten Gemeinderatssitzung. Dazu kam noch, daß der wichtige Aktenband zu dem geheimen Beratungsgegenstand: „Richtigsprechung der Wasserwerksfrage 1903" aus dem verschlossenen Gemeinderatszimmer auf unerklärliche Weise abhanden gekommen war und trotz allen Suchens in sämtlichen Verwaltungsräumen, Schränken und Regalen verschwunden blieb. Erst am Vormittag fand sich das Aktenstück in einer verschlossenen Schublade einer im Kartenzimmer des Bauamtes aufgestellten Kommode vor. Bürgermeister Stegmann erklärte in der Sitzung, daß nach den gegebenen Umständen dieses Aktenstück in unredlicher und unehrlicher Absicht aus dem verschlossenen Gemeinderatssaale weggenommen und in das Versteck gelegt worden sei, um es der Verhandlung zu entziehen. Um in der Oeffentlichkeit aber nicht etwa ein Mißtrauen aufkommen zu lassen, beantragte er diese Angelegenheit nicht in der Geheimsitzung, sondern in der öffentlichen zu verhandeln. Hierbei stellte sich heraus, daß beim Bau des Wasserhochbehälters und der damit zusammenhängenden Nebenarbeiten, wie Wasserzuleitung zur Bauausführung, Kanalisations- und Ausschachtungsarbeiten usw. sehr beträchtliche Ueberschreitungen entstanden waren. Eine unangenehme Auseinandersetzung entstand während der Verhandlungen zwischen Bürgermeister und Stadtbaumeister wegen der Verzögerung der Abrechnung über die entstandenen Kosten für den Wasserhochbehälterbau mit Gegenüberstellung der Voranschläge. Eine ganze Reihe schriftlicher Aufforderungen hierzu hatte der Stadtbaumeister unbeachtet gelassen. Erster Bürgermeister Stegmann betonte, daß das dienstliche Verhalten des Stadtbaumeisters in dieser Angelegenheit einmal wieder so recht zeige, welch unüberbrückbarer Gegensatz in der Geschäftsführung zwischen ihm und dem Stadtbaumeister bestehe. Während der mehrstündigen Aussprache bemerkte Gemeindevertreter Baudert, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die zwischen dem Gemeindevorstand und dem Stadtbaumeister bestehende Disharmonie jedenfalls nicht von heilsamem Einfluß auf die Verwaltungsgeschäfte im Interesse der Gemeinde sein könne und der Gemeinderat doch wohl daran denken müsse, Abhilfe zu schaffen. Man höre jetzt in der Bürgerschaft aber auch gar zu viele Klagen auf das Bauamt häufen. Zuletzt bewilligte der Gemeinderat die beim Wasserhochbehälterbau entstandene Ueberschreitung.

* **Saalfeld**, 22. Okt. [Wo liegt Saalfeld a. S.?] Das „Saalfelder Kreisbl." schreibt: Vom Königlichen Landgericht zu Wiesbaden kam an unseren Magistrat die briefliche Anfrage, in welchem Bundesstaat Saalfeld a. S. liegt.

* **Eisenach**, 24. Okt. [Eine „Luftsäulen-Steuer"] genehmigte der hiesige Gemeinderat. Für Balkons, Erker und dergleichen ist eine einmalige Gebühr von 50 M. für jeden angefangenen Quadratmeter Grundfläche, an den äußersten Vorsprüngen der Außenfläche gemessen, vor Ausfhändigung des Bauerlaubnisscheines zu zahlen, und zwar für jede Etage, zu der ein derartiger Vorbau gehört. Für Gleise, Rohrleitungen, Privatfernsprechleitungen u. dergl. beträgt die Jahresmiete 1 M. für jeden angefangenen laufenden Meter. Für Kellerlichtschächte, Kellerhälse, Freitreppen, Zugangswege u. dergl. sind jährlich für jeden angefangenen Quadratmeter Bodenfläche 6 M. zu zahlen, sobald sie jedoch das angrenzende Niveau überragen, 12 M. Für Verkaufsstellen sind zu zahlen bei festen Bauten (Trinkhallen 2c.) für jeden angefangenen Quadratmeter Bodenfläche jährlich 12 M., hierbei wird auch die Fläche der etwa über die letztere hinausragenden Verkaufstische u. dergl. mit berechnet; bei Verkaufsständen, die an jedem Abend beseitigt werden, wie Obststände 2c., für jeden angefangenen, an der Verkaufsstelle gemessenen laufenden Meter Standfläche monatlich 50 Pf. im voraus. Für die Benutzung städtischen Straßenlandes zur Aufstellung von Gerüsten, Baugärmen, Laufstegen vor solchen, zur Lagerung von Gegenständen, zur Benutzung für gewerbliche Betriebe u. dergl. sind jährlich für jeden angefangenen Quadratmeter Bodenfläche 12 M. zu zahlen. Dauert diese Benutzung nicht länger als drei Monate, so kann der Gemeindevorstand drei Viertel des vorausbezahlten Mietzinses zurückzahlen. Für Reklameschilder u. dergl., die von Geschäftsinhabern angebracht werden, ist ein Mietzins nicht zu zahlen, wenn die Schilder nicht weiter als 75 cm in die Straße hineinragen. Für solche Schilder u. dergl. jedoch, die nicht vom Geschäftsinhaber am Geschäftshause angebracht sind, oder die weiter als 100 cm in die Straße hineinragen, beträgt der Mietzins jährlich für jeden angefangenen Quadratmeter der Schildfläche 5 M.

* **Kemberg**, 24. Okt. [Verbrannt.] Das fünfjährige Töchterchen des Ziegelmeisters Kunze zu Gemarkung Naundorf bei Gniest kam in der Küche dem Herd so nahe, daß die Kleider Feuer fingen. Beim Löschen verbrannte sich die Kleine Hände und Füße derart, daß sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt werden mußte. Auch die Mutter erlitt beim Rettungswerke schwere Brandwunden.

* **Zwickau**, 24. Okt. [Ein Automobilunglück] ereignete sich unweit der Stelle, an der Anfang September der Leiter des Zwickauer Krankeninstitutes, Professor Dr. Karg, auf so tragische Weise verunglückte, am Donnerstag abend 11 Uhr. Die beiden Führer zweier Autos fuhren anscheinend um die Wette auf der freien Straße. Ob der Autolenker des vorderen Fahrzeugs des Jagens müde war, oder ob er einen falschen Griff tat, konnte nicht festgestellt werden; kurzum, das Vehikel fuhr langsamer. Infolgedessen prallte der hintere Wagen mit voller Wucht auf den ersten auf, sodaß beide Wagenführer in weitem Bogen aus dem Fahrzeug heraus und in den Straßengraben geschleudert wurden. Der eine erlitt einen Bruch des rechten Unterarmes, der andere kam ohne Verletzungen davon. Während vom vorderen Wagen nur der Rückstig zertrümmert wurde, war der Motor des zweiten Fahrzeuges ganz zerstört.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Kinderfreund nennt man mit Recht die seit Jahren von hervorragenden Kinderärzten empfohlene und an Feinheit und Milde unerreichte **Myrrholinseife.**

Alleinverkauf dieser hervorragenden Marke
(für Halle)
C. Buchalla
80 Gr. Steinstrasse 80.

Gute Auswahl
in den
verschiedensten Preislagen.
Sachgemässe Bedienung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051024029/fragment/page=0003

Seidenhaus Georg Schwarzzenberger Modernste Blusenstoffe in Sammet und in Seide.

Möbelfabrik und Magazin Bernh. Grunwald, Rathausstr. 2,

Empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu reellen, denkbar billigsten Preisen unter langjähriger Garantie.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

als Salons, Wohn-, Speise-, Herren- und Schlafzimmer, Kücheneinrichtungen in hochmodernen Neuheiten und allen gangbaren Holzarten stets in überraschend reicher Auswahl in meinen großen besten Möbelsälen in einfacher, sowie reichster Ausführung aufgestellt. — Die Besichtigung stelle ich dem geehrten Publikum ohne jegliche Aufdringlichkeit jederzeit gern anheim. Zeichnungen, Kostenanschläge und Aufstellungen bereitwilligst und kostenlos ohne irgend welche Verpflichtung. Lieferung durch eigene Gespanne frei Haus.

Telephonruf Nr. 759. **Bernh. Grunwald,** Tischlermeister, Rathausstr. 2, neben dem Sparkassen-Gebäude und Bauers Brauerei.

Bilz

Naturheilanstalt

Dresden-Radebeul, 3 Ärzte. Prospekte frei.

Infolge der milden Lage (Sächs. Nizza) zu

Herbst- und Winter-Kuren

besonders geeignet.

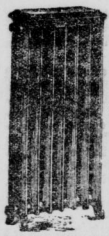
Sprachunterricht.

Junger Deutscher, der längere Zeit im Ausland gelebt hat, Französisch und Englisch vollkommen beherrscht, erteilt Konversations-Unterricht in diesen Sprachen.

Offerten unter **D. d. 813** an die Exped. d. Ztg.

Oscar Ruhl

Nordhausen a. H.



Zentralheizungs- und Lüftungs-Anlagen

Spezialität: Warmwasserheizung jeder Art. — vom Küchenherd aus für Villen und einzelne Etagen in Mietshäusern.

Feinste Referenzen.

Färberei Mauersberger,

Chemische Reinigungs-Anstalt für

Garderoben und Dekorationen jeder Art, Teppiche, Federn, Handschuhe etc.

Gardinen-Wäscherei u. Spannerei.

Mechanisches Teppich-Klopfwerk.

6 Filialen in Halle (und div. Annahmestellen).

Abholen und Rückliefern kostenfrei im Stadtgebiet!

Fernsprecher 1248 und 1252. Fabrik Fernsprecher Ammendorf Nr. 20.

Preisermässigung **10 Pf.** = pro Liter. =

Brennspiritus

„Marke Herold“

Preisermässigung **10 Pf.** = pro Liter. =

Original-Literflaschen mit Patentverschluss

30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. % excl. Glas

33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. % excl. Glas

in Halle und Umgebung über 400 Verkaufsstellen

Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

---

bedeutende Auswahl.

Leonhardt & Schlesinger.

Zöpfe, große Auswahl in allen Farben zu billigen Preisen. **Heinr. Krolow,** Geiststr. 16, n. Adler-Ap.

Billige Blumenzwiebeln!

Hyazinthen

für Gläser und Töpfe, Gärten und Gräber von 10 ₰ an.

Tulpen,

gefüllt und einfach,

100 Stück 4 ℳ, 12 Stück 50 ₰,	
100 Krokus, div.,	von 80 ₰ an.
100 Maienschneeglöckchen	2,50 ℳ
100 Ranunkeln, gefüllt,	2,00 „
100 Anemonen	2,40 „
10 Narzissen, weiß, gelb,	0,50 „
10 Maiblumen	0,40 „
10 Scilla, blau, weiß,	0,40 „
10 Muskathyazinthen	0,30 „
10 Waldschneeglöckchen	0,30 „

Für 3,50 Mark

100 Hyazinthen, Tulpen, Krokus, Schneeglöckchen, Narzissen, Scillaetc.

Hyazinthengläser — Erde — Töpfe und Dünger.

Katalog gratis und franko.

Moritz Bergmann

älteste Blumenzwiebelhandlung,

16 Markt 16 (Hufeh-Apotheke).

Gutsitzende Korsetts von 1,00—8,00 ℳ empfiehlt **H. Schnee Nachf.,** Gr. Steinstr. 84.

Soldatenkisten, Schiebekisten mit Schloß in allen Größen Gr. Märkerstraße 23.

Prima Pflückobst in verschiedenen Sorten als: Reinetten, Parmainen, Bohnapfel etc. empfiehlt a Zentner 16—20 ℳ **Wilh. Schade,** Kunstgärtner, Domberg, Weg. Cassel.

K. Russ. Salat	Pfund	1 ℳ
Schinkenschmalz	„	80 ₰
Pökelknochen	„	50 ₰
Wurstschmalz	„	40 ₰
gepök. Knochenfleisch	„	20 ₰

Wilh. Nietsch sen., Inh. Ernst Nietsch Hoflieferant, Leipzigerstr. 77.

Haben Sie schonmeine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Chocolade überzogen) probirt? Ich möchte Sie gern als Kunden haben

Carl Booch, Breitestr. 1 u. Markt Rother Thurm 12.

Nichtträufelnde **Stearin-Kerzen,** prima Qualität. **Nachtlichte** empfiehlt **Drogerie Max Rädler,** Raumischestraße.

Fettleibigkeit, Korpulenz, beseitigt garant. unschädlich, ohne Berufsstörg. Ja. Zeugnisse. Thiele's Entfettungsthee, Paket 1,50 ℳ nur zu haben in der **Löwen-Apotheke a. Markt.** Dieselbe Teile: 60 Mille fol., 50 Eichor., 10 Fenugri.

Vertrauliche Auskünfte über Vermögens-, Familien- und Privat-Verhältnisse auf alle Plätze der Welt erteilen sehr gewissenhaft **Beyrich & Grove, Halle a. S.,** internationales Auskunftsbureau. Gr. Ulrichstr. 42. Fernspr. 2144

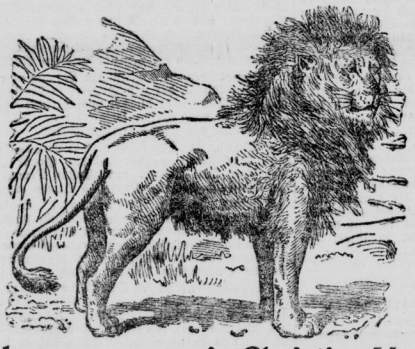
Soennecken-Federn

Das Beste, was die Schreibfedern-Fabrikation zu leisten vermag

1 Auswahl 30 Pf — Überall vorrätig — 012 SŒNNECKEN — 1 Gros Nr 012 M 2,50

Berlin Taubenstr 16—18 • F. SOENNECKEN • BONN • Leipzig • London

---



Pelzwarenmagazin Christian Voigt

Halle a. S., Leipzigerstrasse 16, empfiehlt

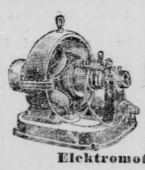
Pelzwaren-

Umarbeitungen und **Reparaturen** prompt und sachgemäss.

Glühlampen, Neon-Glühlampen, Kohlen, Bürsten, Glasmaterial, Schaukasten, Schaufenster, Material, Schwachstrom.

Hans Herzfeld, Halle a. S.,

Bergstraße Nr. 7.



Ingenieur- u. Installations-Bureau.

Maschinenwerkstätte m. elekt. Betrieb.

Elektrische Abteilung.

Revisionsstelle des Verb. der Feuerversf.-Ges.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen, Elektromotoren, Schwachstromanlagen.

Reparaturen.

Gut assortiertes Lager aller Bedarfsartikel für die Elektrotechnik. — **Kohlenstifte.**

Piano-Magazin.

Alleinverkauf der **Flügel** und **Pianos** von

C. Bechstein, Kaiserliche und Königliche Hofpianoforte-Fabrik,

Th. Steinweg Nachf.-Grotrian,

W. Spaethe, Gebr. Zimmermann u. s. w.

Reinhold Koch, Hofmusikalienhandlung,

Alte Promenade 1a. — Gegründet 1851.

Wilh. Heckert,

Gr. Ulrichstr. 57.

Waschmaschinen „Weltwunder“ 25 ℳ, Wendewaschmaschinen 50 ℳ, Schnellwaschmaschinen 40, 50, 65 bis 75 ℳ.

Wäscherollen und Tischmangeln von 20 ℳ an bis 75 ℳ.

Wringmaschinen von 10 bis 30 ℳ.

Hildebrandt & Dr. Witte.

Oeffentl. Laboratorium für chemische u. mikrosk. Untersuch. Halle a. S., Mühlweg 29. Telephon 3046. Prospekte gratis und franko. **Dr. Witte,** approb. Nahrungsmittelchemiker, vereidigter Handelschemiker.

Keine kalten Füsse

(NEU!) Wer patentiert, geschützte Wollstiefel trägt. Aerztl. empf. f. Rheumat. u. kalte Füsse. F. Schweisf. ext. gerb. In jed. Schuh-, Stiefel- u. Lederart. Leichtes, solid., wasserd. u. warm. als Pelz. Lager, Versand u. Anfertg. f. Jedermann nach Maß u. Garant. Handarbeit. Prob. fr. g. fr.

Schaft-, Schnür-, Knopf-, Schnallen- u. Zug-Wollstiefel v. außen vollst. Leder, hocheleg.

Willibald Wetterling, Schmeerstraße 23.

Gustav Moritz sen.

Martinsberg 15. **Fernsprecher 168.**

Alleiniger Vertreter

für Halle und Umgegend von:

Kloss & Foerster, Sektkellerei,

Joh. Bapt. Sturm, Rhein- u. Moselweine, Reidemeister & Ulrichs, Bordeauxweine.

„Diadem Cacao“ Hauswaldt

Deutsches Fabrikat ersten Ranges

Pfund M 2,40

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19051024029/fragment/page=0004